

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Der Staatsminister hat den Ministerial-Konzepts-Adjunkten Dr. Hermenegild Zireček zum Ministerialkonzipisten, und den Auskultanten Lukas Ritter von Führich zum Ministerial-Konzepts-Adjunkten im Staatsministerium ernannt.

Der Staatsminister hat den Kupferstecher Johann Zitek zum Lehrer des Freihandzeichnens an der k. k. Ober-Realschule in Görz ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 27. Jänner.

Das Vorgehen der deutschen Großmächte in der deutsch-dänischen Angelegenheit wird die Einmischung des Auslandes provociren, und was eigentlich durch die Inpfandnahme Schleswigs gegen den Willen des Bundes verhütet werden soll, der allgemeine Krieg, er wird dadurch gerade hervorgerufen; bereits haben Frankreich und England einen Kompromißvorschlag gemacht. Das war kurz der Inhalt des Readers der „Presse“ von gestern. Heute schreibt sie: „Nicht von französischer und nicht von englischer Seite ist der Kompromißvorschlag, der dänischen Regierung eine sechswochenliche Frist zur Ausführung der in der Commation vom 16. Jänner gestellten Forderungen zu gestatten, gestellt worden, sondern von Seiten der dänischen Regierung selbst in einer nach Wien und Berlin gerichteten Note, welche gestern hier überreicht wurde.“

Allerdings hatte der Vertreter Englands den Auftrag, den Vorschlag warm zu befürworten, was übrigens auch von Seiten des Herzogs von Grammont geschehen sein soll. Unter Hervorhebung der absoluten Unmöglichkeit, der Commation in der Form, wie sie gestellt worden, zu entsprechen, erklärt sich die dänische Regierung durch das Organ des Herrn v. Quade gleichwol bereit zu dem Versuche, auf der Basis der Commation mit den deutschen Großmächten sich zu verständigen: allerdings könne ein solcher Versuch aber nur auf legalem und verfassungsmäßigem Wege geschehen, wozu es der Einberufung des Reichsrathes und zunächst der Ausschreibung der Wahlen bedürfe, also eine Frist von sechs Wochen, vom 1. Februar an gerechnet, nothwendig sei. Auf vertraulichem Wege wurde zugleich auf die günstigen Chancen, den Reichsrath (dessen erste Kammer zu einem Drittheil aus vom Könige ernannten Mitgliedern und aus 45 Schleswigern — bei 205 Repräsentanten — bestehen soll, welche letztere, falls sie erscheinen, unbezweifelnd alle gegen das Grundgesetz stimmen würden) für einen Kompromiß zu gewinnen, hingewiesen, sowie angedeutet, daß die Regierung bereit sei, die einer Aufhebung gleichkommende Revision des November-Grundgesetzes, welches im früheren Reichsrathe bekanntlich nur eine Majorität von drei Stimmen erlangte, als Kabinettsfrage zu behandeln. Der Vorschlag ist, wie wir vernehmen, sofort abgelehnt worden und wird die Erlassung des Ultimatus nach vollendetem Aufmarsch an der Eider nicht ausbleiben.“

Der „Köln. Ztg.“ wird aus London geschrieben: Oesterreich habe hier das Versprechen abgegeben, daß es nur aus dem Grunde in Schleswig einrücken werde, um einen Konflikt zwischen Deutschland und Dänemark zu verhindern. Lord Russell sei ersucht worden, dem dänischen Kabinete diesen Standpunkt der österreichischen Politik klar zu machen. — Es liegt auf der Hand, bemerkt die „G. C.“ dazu, daß diese Mittheilung nicht richtig sein kann. Die Motive, welche Oesterreich und Preußen dazu bewegen haben, zur Inpfandnahme Schleswigs zu schreiten, sind klar und bestimmt genug aufgestellt worden,

um dem englischen Kabinet kein Geheimniß zu sein. Die nach Kopenhagen gerichtete Commation vom 16. drückt sich ganz unzweideutig aus, einer weiteren Aufklärung über den Standpunkt der beiden deutschen Großmächte bedurfte das dänische Kabinet nicht.

Die Stimmung der Regierungen in den Mittelstaaten hat einen bedeutenden Umschlag erlitten. In Baiern, wo die Bureau's der Kriegsabtheilung in voller Thätigkeit waren, hat man die Mobilmachung eingestellt. Man behauptet auch, die beiden Großmächte hätten unter der Hand die Mittelstaaten über ihre Allianz beruhigt. Das von Bismarck in der preussischen Kammer mitgetheilte Rundschreiben, welches als Gegenstück der französischen Note betrachtet wird, hat auf die sächsische Regierung sehr viel Eindruck gemacht, nur in Karlsruhe herrscht das alte Mißtrauen. In der Bevölkerung hat die Agitation ebenfalls abgenommen. Dieß gilt besonders von Süddeutschland, doch behauptet die liberale Partei in Preußen, es laufe Alles darauf hinaus, die Herzogthümer den Dänen auszuliefern.

Die Resolution im Finanzausschusse.

Nachdem die Abstimmung über die Zehn-Millionen-Anleihe in der Abend Sitzung vom 25. d. M. erfolgt war, wurde die Debatte über die Resolution eröffnet. Sie lautet bekanntlich:

„Das Haus der Abgeordneten vermag den Vorschlag der kaiserl. Regierung in Bezug auf die Okkupation Schleswigs als einen den wahren Interessen Oesterreichs entsprechenden und den allgemeinen Frieden sichernden nicht anzuerkennen, und fühlt sich daher zu dem Ausspruche verpflichtet, daß es jede Verantwortung für die Folgen dieses Schrittes von sich ablehne.“

Baron Linti spricht sich gegen die Erlassung einer Resolution aus; er findet, daß die Regierung in dem Falle nicht anders handeln konnte, als sie in Bezug auf Schleswig gehandelt hat. Es gab bloß zwei Wege: entweder mit den Mittelstaaten zu gehen und in einen Krieg hineinzugerathen, oder selbstständig die Initiative zu ergreifen, welche den Frieden sichert. Wenn das Haus die Resolution annehme, so würde damit ausgesprochen, daß die Expedition rückgängig gemacht werden solle; die Truppen müßten zurückgerufen werden. Ist dieß möglich? Nach dem Rechte aller Verfassungsstaaten habe der Monarch das Recht über Krieg und Frieden. Wenn nun das Abgeordnetenhaus die Resolution faßt, so werde dieses Recht der Krone verlegt.

Abg. Kaiserfeld spricht zuerst über das Verhältniß zu den Mittelstaaten. Gegen die Bemerkungen des Baron Linti führt er aus, daß die Krone allerdings das Recht über Krieg und Frieden habe, daß aber in Verfassungsstaaten die Parlamente auch ihrerseits ein Recht haben, welches in der Bewilligung der Fonds zum Ausdruck kommt. Die Resolution gebe jedenfalls der Regierung die Warnung, auf dem Wege einzuhalten, den sie betreten habe. In Oesterreich sowohl als in Deutschland sehe man in dieser Frage auf den Ausspruch des Abgeordnetenhauses. Die Resolution ist daher ein Gebot der parlamentarischen Ehre.

Graf Rechberg: In England sei oftmals Krieg begonnen worden, wozu das Parlament erst später die Mittel bewilligte.

Schindler: Wenn aber ein englisches Ministerium in der Lage war, Geld zum Kriege zu brauchen, und das Parlament spricht sich gegen diesen aus, was thut das Ministerium? (Rufe: Es tritt ab.)

Graf Rechberg: Pitt hat neun Jahre Krieg geführt gegen den Willen des Parlaments. (Rufe: Nicht Jedermann ist Pitt!)

Graf Hartig (gegen die Resolution): Man müsse zwischen dem deutschen Nationalgefühl und dem

österreichischen unterscheiden. Jenes sei in dieser Frage in höherm Grade aufgeregt; die Interessen laufen nicht immer zusammen. In Schleswig kann Deutschland nichts ausrichten, weil es nicht zum deutschen Bunde gehört; aber Oesterreich und Preußen können dort die Verträge zur Geltung bringen, die sie von Dänemark in Händen haben, und hierbei sei Oesterreich mit seiner Ehre engagirt. Welchen Eindruck werde die Resolution in Deutschland machen? Sie wird nur die Exaltation vermehren, und wenn dieser zum Theil auch sehr edle Motive zu Grunde liegen, so seien doch auch unedle mit im Spiel und der Republikanismus setze seine Hoffnungen auf diese Bewegung.

Staatsminister v. Schmerling spricht zuerst gegen eine Stelle des Ausschussesberichtes, in welcher es heißt: „Nach den in der Vorberatung erhaltenen Mittheilungen der Regierung soll jedoch nunmehr der für die Aufstellung und den Ausmarsch der österreichischen Truppen zur Bundesexekution beehrte Kredit zur Ausführung ihrer in Verbindung mit Preußen vorzunehmenden Operationen im Herzogthume Schleswig verwendet werden.“ Diese Stelle müsse auf einem Irrthum beruhen. Die Regierung habe in der Session mit keinem Worte eine solche Aenderung gethan; sie habe die verlangte Summe von 10 Millionen nur behufs der bundesmäßigen Exekution gefordert und es werde die bewilligte Summe auch ausschließlich zu diesem Zwecke verwendet. Für die Expedition nach Schleswig sei bis zur Stunde noch keine Forderung an das Haus gestellt worden. Was die Resolution betrifft, so sehe er ihren Zweck nicht ein; sie gebe der Regierung gar keinen Anhaltspunkt für die einzuschlagende Politik.

Abg. Skene spricht für die Resolution. Die Mittelstaaten seien nicht so kriegslustig, als man hier ausschreie; übrigens erkläre man ja, daß man gegen Dänemark Krieg führen wolle, und Krieg sei Krieg.

Abg. Herbst (als Antragsteller für die Resolution): Er spreche aus dem Volksbewußtsein des österreichischen Gefühls; aber wenn man sich überzeugen will, daß der politische Schritt, den Graf Rechberg gethan, gegen das österreichische Interesse sei, so brauche man nur die preussischen Kammerverhandlungen zu lesen. Nicht nur was Bismarck von den deutschen Kleinstaaten spricht, sondern auch andere Kammerreden, die Oesterreich als den Erbfeind Deutschlands schildern und einen Krieg zur Vergrößerung Preußens als eine Wohlthat schildern, liefern den Beweis hierfür. Wenn der Staatsminister v. Schmerling die Resolution tadelt, weil sie keinen Anhaltspunkt liefere, so ist das bloß ein Tadel der Maßigung, welche sich der Ausschuss auferlegt!

Baron Ingrams spricht gleichfalls für die Resolution. (Rufe: Schluß der Debatte! — Derselbe wird angenommen.)

Graf Rechberg wendet sich zuerst nochmals gegen eine Ausführung des Abg. Kuranda in der vorigen Sitzung. Die kaiserliche Regierung habe nicht warten können, bis über den darmstädtschen Antrag am Bunde entschieden wurde. Derselbe hätte, wenn er angenommen worden wäre, Oesterreich in einen Krieg verwickelt. Es hätte sich der Mitwirkung nicht enthalten können, wenn der Krieg einmal entbrannt wäre, und doch konnte es auch nicht die Hände in den Schooß legen und sich der Aktion enthalten; es mußte in eine solche eintreten. Welche Resultate es damit erlangen wolle, könne die Regierung jetzt noch nicht sagen; es sei in staatlichen Angelegenheiten, wie in einem Civilprozeß. Das wäre ein schlechter Advokat, der gleich im Beginne sagen würde, welchen Ausgleich er annehmen werde. Es verdiene keinen Tadel, daß Oesterreich mit Preußen gebe (Rufe: Mit Bismarck!), er appellire an die geschichtlichen Erinnerungen. Oesterreich und Preußen sind auf einander angewiesen. (Rufe: Siehe italienischen Krieg!) Wenn

die beiden Mächte mit einander gehen, so wird sich das Ausland hüten, dem deutschen Koloss entgegenzutreten. Die Resolutionen werden einen doppelten Eindruck im Auslande machen. In Deutschland wird dadurch die kriegslustige Partei noch mehr aufgestachelt werden, während Dänemark durch dieselbe zu hartnäckigerem Widerstande sich ermuntert sehen würde.

Zustizminister Hein: Das Haus, welches in der Resolution erklärt, daß es die Verantwortlichkeit für den Schritt ablehne, nehme doch eine Verantwortlichkeit auf sich, indem es die Dänen zum Widerstand aufmuntere.

Berichterstatter Dr. Giska spricht in einer sehr ausführlichen Rede für die Resolution. Er leugne nicht, daß er dieselbe als gegen die Politik, welche der Minister des Auswärtigen verfolgt, gerichtet betrachte, und darum halte er sie für eine Nothwendigkeit. Und weil man von Advokaten gesprochen, so müsse er erklären: daß sei ein schlechter Advokat, der Partei für den Gegner ergreife; einem solchen müsse man die Bestallung entziehen; er sei nicht geeignet, das Amt zu vertreten, das ihm anvertraut worden. Auf Preußen übergehend, schildert der Redner die Haltung Bismarck's gegen die Verfassung und das Parlament. Kein anständiger Mensch könne mit Bismarck sympathisiren. Der Staatsminister habe jüngstens selbst Verwahrung dagegen eingelegt, daß er mit der Politik des preussischen Ministers einverstanden sei, und mehrere seiner Kollegen denken wie er. Wenn Andere anders denken, so sei dieß zu beklagen, und die Resolution gebe hierfür den Ausdruck.

Minister Hein: Dem Redner ist wohl der Ausdruck, daß kein anständiger Mensch mit Preußen gehen könne, nur in der Hitze entslüpfte. (Rufe: Mit Bismarck, wurde gesagt!)

Graf Rechberg: Er sei kein Advokat Dänemarks, aber auch kein Advokat des Prinzen von Augustenburg. Oesterreich wolle, daß nach dem Recht entschieden werde.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Es sind, abgerechnet den Obmann Erzbischof Vitwowitz, 34 Ausschußmitglieder anwesend. Bei der Abstimmung erheben sich 18 Mitglieder für die Resolution. Dieselbe ist also angenommen. Die Minister entfernen sich; im Saale herrscht sichtliche Aufregung und nach einer kurzen Besprechung über die nächste Tagesordnung wird die Sitzung geschlossen. (O. D. P.)

Oesterreich.

Wien. Ihre Majestät die Kaiserin haben den Verein zum h. Vincenz v. Paul mit der Gabe von 100 fl. allergnädigst zu theilen geruht.

Wien, 26. Jänner. Der k. dänische Gesandte, Herr Generalmajor Freiherr v. Bülow ist von seinem Posten in Wien abberufen worden und hat gestern Er. Erzellenz dem Herrn Grafen v. Rechberg sein Abberufungsschreiben überreicht. Der k. dänische Legationssekretär v. Bille verbleibt vorläufig in Wien zur Beforgung der laufenden Geschäfte. — Auch in Berlin verbleibt ein Legationssekretär. Der dort akkreditirte gewesene dänische Gesandte, Kammerherr v. Quaade, ist bekanntlich schon vor einigen Wochen zur interimistischen Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten nach Kopenhagen berufen worden.

Wien, 26. Jänner. Das Telegramm des „Fremdenblattes“ aus Prag, wonach die Beförderung der nach Schleswig bestimmten k. k. Truppen eingestellt worden sei, können wir als völlig unbegründet erklären.

Graz, 26. Jänner. Wie der „T. P.“ aus glaubwürdiger Quelle mitgetheilt wird, soll die hiesige k. k. Statthalterei beauftragt worden sein, in der nächsten Landtagsession den Entwurf für das Schul- und Kirchenpatronat, welcher bekanntlich in der letzten Landtagsession abgelehnt wurde, in unveränderter Form abermals als Regierungsvorlage einzubringen. Als Grund der Wiedervorlage dieser bereits abgelehnten Gesetzesentwürfe wird, wie wir erfahren, der Umstand geltend gemacht, daß von elf Landtagen sieben, somit die entschiedene Majorität der Landesvertretungen, den Entwurf der Regierung angenommen haben.

In Venedig war die Kälte in der zweiten Hälfte dieses Monats so stark, daß die Wasserverbindung zwischen Mestre und Murano gänzlich gesperrt war und man von Venedig aus auf dem Eise nach Mestre gehen konnte. Bei der Eisenbahn mußte jeden Morgen die Passage durch den Kanal mittelst Durchbrechen des Eises frei gemacht werden und die Noth an Lebensmitteln begann bereits fühlbar zu werden. Die Lagunen waren mit festem Eis bedeckt, auf welchem Fußgänger sicheren Schrittes laufen konnten.

Ausland.

Wie aus Frankfurt gemeldet wird, hat der vereinigte Ausschuß des Bundestages beantragt, statt der aus dem Verbands der Bundesstruppen entlassenen

österreichisch-preussischen Truppentheile der ersten und zweiten Reserve für das Exekutionskorps in Holstein eine gleich starke Reserve aus dem 7. (Baiern) und 8. (Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen) Bundesarmeekorps aufzustellen.

Aus Frankfurt, 23. Jänner, berichtet die „Fr. Postztg.“: Heute, im Laufe des Tages, begab sich eine aus sieben Personen bestehende Abordnung (die H. Dr. Wiggers aus Rendsburg, Pastor Schröder, Landeschreiber Fischer-Bençon, Landesbevollmächtigter Pflug aus Dithmarschen, Kruse aus Kiel, Ropisch aus Altona und Wohlers aus Westerland) zum badischen Bundestagsgesandten Herrn v. Mohl, welcher dieselbe freundlich empfing und ihnen im Laufe der Unterredung eröffnete, daß Herr v. Rübeck schwerlich die Deputation zur Ueberreichung der Adresse empfangen werde. Bei hierauf im Bundespalais eingezogenen Erkundigungen wurde die Mittheilung, daß die Geschäftsordnung des Bundestages dem Empfang der Deputation und Ueberreichung der Adresse hindernd im Wege stehe, Herr v. Rübeck jedoch bereit sei, dieselbe durch einen Mandatar in Empfang zu nehmen. Hierauf wurde Herr Dr. Jester von hier mit der Uebergabe beauftragt. — Der Führer der Landesdeputation ist Herr Herzbrun; das Bureau besteht aus den H. Dr. Wiggers, Kruse, Brommisen, Brodersen, Fischer-Bençon, Ropisch und Garshausen.

Aus Berlin, 22. d., wird geschrieben: „Die durch die Blätter gehende Notiz, daß Frankreich von den deutschen Großmächten eine Hinausschiebung jeder weiteren Aktion gegen Dänemark für 6 Wochen verlangt habe, beruht auf einer Unrichtigkeit. Weder Frankreich noch England haben aus eigener Initiative ein solches Verlangen gestellt, sondern es ist dasselbe von Kopenhagen aus gleichzeitig mit der Ablehnung der Sommatation an die beiden deutschen Großmächte gerichtet worden. Die beiden Westmächte haben hier, wie in Wien, nur bezüglich dieser Forderung Rathschläge ertheilt, welche einer Unterstützung derselben gleichkommen. Wie wir hören, ist dieses Verlangen eben Gegenstand der Berathung unseres Kabinetes, und scheint ein Eingehen auf dasselbe nicht zu erwarten.“

Berlin, 25. Jänner (Nachmittags.) Der Landtag wurde heute geschlossen. Ministerpräsident von Bismarck verliest folgende Thronrede: Das Abgeordnetenhaus hat einen Standpunkt festgehalten, der zur Auflösung des vorhergehenden Hauses führte, den Gesetzentwurf Art. 99 der Verfassung abgelehnt, den Etat vom Jahre 1863 nicht berathen, bei dem Etat des laufenden Jahres unentbehrliche Dispositionsfonds gestrichen, die Beschlüsse des früheren Hauses über den Militäretat erneuert, ohne vorher das Gesetz wegen Verpflichtung zum Kriegsdienste berathen zu haben. Deswegen hat das Herrenhaus den Etat vom Jahre 1864, wie er vom Abgeordnetenhaus berathen wurde, in Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechtes verworfen. Dem Beschluß zur Freilassung der wegen hochverrätherischer Unternehmungen verhafteten Abgeordneten gab die Regierung Folge, hält ihn aber nicht dem Ansehen der Rechtspflege und der Würde des Hauses entsprechend. Die zur Ausführung der Bundesexekution und zur Wahrung der Majestät und Ehre Preußens in der weiteren Entwicklung des Streites erforderliche Anleihe, so wie die bundesmäßige Matrifularumlage verweigerte das Haus, obwohl der König in seiner Antwort vom 27. December mit seinem Worte verbürgt hatte, die Geldmittel zum Schutz des Rechtes und der Ehre des Landes zu verwenden. Das Haus nahm ferner eine Resolution an, wodurch die Majorität im Falle einer kriegerischen Verwicklung im voraus gegen das preussische Vaterland Partei nimmt. Auf die Hoffnung einer Verständigung einwillen verzichtend, hält die Regierung sich verpflichtet, für die Erhaltung des Staates einzustehen. Die Regierung rechnet auf die wachsende Unterstützung des Landes.

Berlin. In dem preussischen Abgeordnetenhaus hat es trotz dem Ernst der Dinge nicht an Heiterkeit gefehlt. Zur Militärorganisationsfrage läßt sich der Abg. Dr. Wanstrop folgendermaßen vernehmen: „In einer der vorigen Sitzungen ist von der anderen Seite ausgesprochen worden: wir lieben die Armee! Dieser Ausdruck hat uns Vergnügen gemacht, und wenn wir auch nicht die Lieferung von Socken als vollgiltigen Beweis betrachten, so acceptiren wir doch gern diese Liebe. Aber man kann die Armee auf verschiedene Weise lieben: der König liebt sie wie ein Vater den Sohn, das Volk wie ein Bruder den Bruder, wie die Schwester den Bruder (Allgemeine Heiterkeit); man kann sie aber auch lieben wie der Verfälscher die Jungfrau (kürzlich mehrere Minuten anhaltende Heiterkeit.) So wird sie von Denen geliebt, welche das Heer zu einem Parlamentsheer machen wollen!“

Darauf erwidert nun der Abg. Stavenhagen, Herr Dr. Wanstrop scheine mehr in der ars amandi bewandert als in der Militärfrage. (Große Heiterkeit.)

Auf Stavenhagen folgt Graf Wartenleben. Er besteigt die Tribüne, während er sonst vom Plaze

spricht, indem er bemerkt: So könne er seinen Gegnern besser ins Auge schauen, hinter sich habe er den gegnerischen Präsidenten, den Jupiter Ionans mit dem Donnerkeil. — Als er sich bei diesen Worten besorgte umsieht, lächelt ihn Präsident Grabow freundlich an. (Große Heiterkeit.) Graf Wartenleben schließt eine längere Rede mit den Worten:

„Meine Herren, wir werden bald auseinander gehen, ich hoffe, Sie nicht wieder zu sehen!“

Wiederum große Heiterkeit!

Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: Die österreichischen Truppen sind gestern bis auf ein Bataillon des Regiments „F.M. Baron Martini“, welches noch die Wache am Steintor besetzt hält, und eine Trainabtheilung von hier abmarschirt und von Altona auf der Eisenbahn weiterbefördert worden. Die österreichischen Truppen, welche hier während vier Wochen in Quartier lagen, haben sich durch ihre musterhafte Führung allgemeine Anerkennung erworben. Es ist nicht ein Fall zu registriren, wo sie mit der hiesigen Bevölkerung in Konflikt gekommen sind.

In Altona ist es zu ärgerlichen Ausbrüchen gekommen. Am Weihnachtsabend war es nur mit Mühe den Anstrengungen der Turner u. s. w. gelungen, den verhassten dänisch gesinnten Prediger Nievert, der dem Könige Christian den Homagialeid geleistet hatte, gegen die aufgeregte Volksmenge zu schützen. Gegen Abend mußte sogar der beliebte Altonaer Senator Bogler Herrn Nievert in einem Wagen nach Hamburg geleiten. Noch mehr regte Pastor Nievert die öffentliche Meinung auf, als er einige Tage später öffentlich in den Zeitungen erklärte, er werde, „wenn der Herzog von Augustenburg vom deutschen Bunde als legitimer Herrscher anerkannt und eingesetzt wäre, nicht anstehen, demselben zu huldigen und gehorsam zu sein, gemäß des Bibelspruches: „Seid unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.““ Trozdem wurde Herr Nievert von den Bundeskommissären in seiner Eigenschaft als erster Geistlicher der Stadt Altona wieder eingesetzt und die Verfügung getroffen, daß derselbe heute wieder die Predigt in der Hauptkirche halten sollte. Vergeblich wendeten sich das Centralcomité des Altonaer Schutzvereins und die Vertreter von 24 Korporationen der Stadt gegen diese Verfügung an die Bundeskommissäre. Die Bundeskommissäre wollten von ihrem Grundsatz, daß die Leistung des Homagialeides für König Christian und der Vorwurf der Unbeliebtheit kein genügender Grund zur Absetzung eines Beamten sei, auch in diesem Falle nicht abgehen. Selbst das ganz allgemein in Altona, Hamburg und der ganzen Umgegend seit mehreren Tagen verbreitete Gerücht, daß es am Samstag bei der Predigt des Pastor Nievert zu einer Demonstration kommen werde, vermochte nicht einmal ein Vertagen der ersten geistlichen Amtshandlung des Pastor Nievert herbeizuführen. Am 24. d. M. Früh war die Kirche vollständig in allen Räumen gefüllt. Sofort aber als Pastor Nievert die Kanzel bestieg, verließ die gesamte Gemeinde die Räume des Gotteshauses, so daß Pastor Nievert allein mit den beiden anwesenden Bundeskommissären in der Kirche verblieb. Auf dem freien Raume vor der Kirche kam es leider zu Auschreitungen. Die Menge begnügte sich nicht damit, das Nationallied zu singen. Als Pastor Nievert die Kirche verließ, wurde gepöffelt und geizigt. Es kam sogar zu einem persönlichen Bedrängen desselben, so daß er es schließlich vortzog, sich unter dem Schutze einer Militär-Eskorte nach der hamburgischen Vorstadt St. Pauli zu begeben.

Die Regierung in Turin ist aufs Aeußerste bemüht, der Regierung in Caprera ein Dementi zu geben, und die Aktion Garibaldi's als den Plan eines Handschreibes unbefugter Gewalten darzustellen. Ein Erlaß an alle Behörden soll allen Mächten zeigen, daß kein geheimes Einverständnis zwischen Viktor Emanuel und seinem General bestehe, wie zur Zeit Cavour's. Garibaldi läßt sich aber dadurch nicht stören, seine Unitarier-Partei zu bilden und zu konsolidiren.

Kopenhagen, 23. Jänner. Ueber die Ziele Preußens und Oesterreichs wird der „Independance“ von hier geschrieben: „Hier glaubt man zu wissen, daß die beiden deutschen Großmächte in einem geheimen Vertrage sich geeinigt haben, von der Okkupation Schleswigs nicht anders abzustehen, als bis sie es erlangt, daß der südliche Theil jenes Herzogthums mit Holstein vereinigt und unter eine Personal-Union mit Dänemark gestellt, Rendsburg zur Bundesfestung erhoben und die sehr beträchtlichen Kosten der letzten Okkupation bezahlt werden. Die letzte Bedingung soll von Oesterreich und die wegen Rendsburgs von Preußen gestellt sein.“

London, 23. Jänner. „Times“ spricht über die deutsch-dänische Angelegenheit folgende bemerkenswerthe Ansicht aus: „Holstein kann nicht mehr mit Dänemark vereinigt werden; ein Theil von Schleswig ist wahrscheinlich auch hin. Die skandinavische Partei in Dänemark wünscht die Vereinigung der drei nordischen Reiche, in welchem Falle es die Herzog-

thümer Deutschland überließe. Wir wären glücklich, wenn die Herzogthümer bei Dänemark bleiben könnten, aber die Ereignisse beweisen, daß wenigstens das Verbleiben Holsteins bei Dänemark die Stärke des Königreichs nicht vermehren würde. Züftand und die Inseln werden im Zusammenhang mit den Herzogthümern niemals die Macht haben, die Pflichten eines europäischen Staates zu erfüllen, und je eher das Gebiet der Herzogthümer mit Deutschland vereinigt wird, desto besser wird das für den europäischen Frieden sein."

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 28. Jänner.

Die Adresse an Sr. Excellenz den Grafen Anton Auersperg ist gestern nach Wien abgesendet worden.

Der bürgerliche Schützenverein bestand zu Anfang des Jahres 1864 aus 270 beständigen und 21 zeitlichen, mithin in Summa aus 300 Mitgliedern.

In Neustadt ist am 24. d. M. der Knecht Franz Sarabek des dortigen Hutmakers Andree durch Kohlendampf erstickt. Er hatte aus der Werkstätte seines Dienstgebers einen Ofen in den Stall übertragen, wo er seine Schlafstelle hatte, und durch Heizen desselben seinen Tod selbst herbeigeführt.

Am 24. d. M. brannte am Nikolaiberge bei Pangergerm in Unterkrain ein Weinkeller ab, wobei der 76jährige Besitzer M. Banic von Verh bei Dolsch durch eigene Fahrlässigkeit seinen Tod fand.

Wiener Nachrichten.

Wien, 26. Jänner.

Zufolge allerh. Entschließung vom 11. d. M. wurde auch den Professoren der chirurgischen Lehranstalten die Begünstigung zu Theil, daß sie ebenso wie die Universitäts-Professoren schon nach einer dreißigjährigen, im Lehramte zugebrachten Dienstzeit mit dem vollen Aktivitätsgehalte in den Ruhestand versetzt werden können.

Am 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, findet eine Sitzung des Gesamtreichsrathes statt.

Die gemischte Kommission beider Häuser des Reichsrathes hatte heute Nachmittag um 5 Uhr wieder eine Konferenz welche fast zwei Stunden in Anspruch nahm, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Die Pairs willigten nicht in den Abstrich für das Erforderniß der kroatischen Hofkanzlei, und es konnte kein Kompromiß zu Stande kommen.

Vermischte Nachrichten.

Ein Grazer Blatt erzählt folgendes „buchstäblich wahre“ Geschichtchen: Landesgerichtsrath J. L. besitzt ein kleines Haus in B., — in welchem „Königreiche oder Lande“ Oesterreichs verschwiegen wir. Ein Bewohner dieses Hauses stellte an ihn brieflich die dringende Bitte um die Segnung eines neuen Ofens in seiner Wohnung, und drohte auszu ziehen, wenn seine Ofenbitte unberücksichtigt bliebe. Der Brief wurde an das Landesgericht zu *** adressirt, doch da der Landesgerichtsrath J. L. eben auf einer Kommission in dem Orte Sadowa war, adressirte ein allzu bereitwilliger Beamter den Brief dahin. Auf der Post mußte ein Beamter, dem schon viele irrig geschriebene Adressen vorgekommen sind, den Brief, und da er die Lebensregel Goethe's: „Willst immer in die Ferne schweifen, sich das Rechte liegt so nah!“ für einen Unstian hält, sendete er den Unglücksbrief nach Padova. In Padua war man nicht wenig verblüfft über den Brief, dessen Eigentümer man nicht ermitteln konnte. Die Paduaner Postbeamten suchten auf der Landkarte herum und fanden an der russischen Grenze in Polen ein Sadowa. „Dahin, dahin laßt ihn ziehen.“ Und der Brief zog nach Polen. In Sadowa ist der Adressat nicht zu finden und da der Brief aus Italien, dem Heerde der Revolution, gekommen, witterte die Polizei eine ungeheure Verschwörung und schickte den armen Wanderer an das Kriegsministerium nach Wien, wo der vielgereiste Brief feierlich entsegelt und da man statt der Verschwörung darin nur einen Ofen gefunden hat, mit dem Siegel des Ministeriums zugehan und endlich an den richtigen Adressaten übermittlelt wurde. Landesgerichtsrath J. L. beillte sich nun, dem Wunsche seines Hausinwohners betreffs des Ofens nachzukommen, doch der liebe Inwohner war — indignirt über das lange Schweigen seines Hausherrn — längst angesetzt.

In der „Mil. Ztg.“ erzählt der „alte Soldat“ folgende Anekdote: Der alte Welten litt an periodischem Kopfschmerz, der oft bis zum Irren sich äußerte, war unter diesem Eindruck eben nicht artig, und durfte ihm in dieser Stimmung Niemand in die

Nähe. Kaum in Ofen zur Uebernahme des Kommando's vom Fürsten Windischgrätz eingetroffen, folgte eine Hiobspost nach der anderen; da traf es sich zufällig, daß eine Staffette die Nachricht von dem Aufgeben eines Donauüberganges, der unter allen Umständen gehalten werden mußte, in dem Momente brachte, als der jüngst verstorbene FML. Heller, damals Oberst im Generalstabe und bei Welten nicht beliebt, sich diesem vorstellte. „Vor ein Kriegsgericht und erschießen“, donnerte er dem Eintretenden zu. Verdutzt sah Heller den Oberkommandanten an — längere Pause — endlich wagte der Generaladjutant Graf S. den kranken Alten aufmerksam zu machen, daß Oberst Heller seine Befehle gewärtige. „So, nun erschießen kann ich Sie nicht lassen, aber in drei Stunden verlassen Sie mein Hauptquartier.“ Eine Entschuldigung wäre sehr unangelegen gekommen.

Wie man aus Ledenitz, Bezirk Lischau (Böhmen), meldet, sind 9 Kinder, welche aus dem Dorfe Zatin nach Ledenitz zur Schule gingen, bei einer Kaspelle, bei der sie rasten wollten, in Folge der strengen Kälte erfroren. Man fand die armen Kleinen, welche sich umschlungen hielten, todt.

Aus dem Dorfe Lautrach bei Bregenz schreibt man der „Feldk. Ztg.“ am 18. Jänner: „Ein gewisser N., Bauer, jagte Sonntag Abends seine Frau und Kinder aus dem Hause. Seinem Nachbar, der die Ausgetriebenen in's Haus aufnahm, erschoss er gestern seinen Hund, worauf ersterer die Anzeige bei der Behörde machte. Als ein Gendarm zur zwangsweisen Vorführung des Gasser in der Nähe seines Hauses erschien, schoß er demselben eine Kugel durch den Kopf; ein zweiter Gendarm erhielt durch zwei Schüsse zwei schwere Wunden in Kopf und Genick. Ein Better des Gasser, der, aus Schwarzbach gebürtig, in Lautrach zufällig anwesend war, wagte es mit der Bemerkung: mir wird er wohl nichts thun, sich dem Hause zu nähern, um die Leiche des Gendarmen zu holen, augenblicklich aber stürzte er von einer Kugel durch den Kopf getroffen auf den Todten hin. Gegen 4 Uhr langte in Bregenz die Nachricht an, daß ein Fieberhändler durch einen Schuß in den Kopf getödtet sei. Allgemeine Bestürzung herrschte begreiflicherweise in der Umgebung, die Bregenzer Feuerwehr versammelte sich und fuhr nach der Stätte des Unglücks, wohin auch ich mich begab. Als ich in die Nähe kam, hörte ich ununterbrochen schießen. Gendarmen, Finanzwächter, Bauern schossen in das Haus des Mörders, der mit 6 bis 7 Gewehren und reichlicher Munition versehen gewesen sein soll, und heraus schoß. Kaum 5 Minuten dort, sah ich, wie der Schneidermeister Keil einen Schuß durch die Schulter erhielt. Abends war man des Verbrechers noch nicht habhaft geworden. Die Spritzen stehen am Plage, weil man fürchtet, der Wüthende werde zuletzt noch Feuer legen.“ Zur Ergänzung dieses Berichtes fügt die „Feldk. Ztg.“ bei, daß am 19. die in Hörbranz befindlichen Kanonen zur Stelle geschafft und acht Schüsse auf das Haus abgefeuert wurden. Am Mittag wurde die Behausung gestürmt. Zwei ehemalige Kaiserjäger, Fröwis und Ibele aus Bregenz, und Siegewein von der Finanzwache, drangen zuerst ein. Den verbrecherischen Verteidiger fand man kraftlos unter der Stiege, da er sich die Adern geöffnet. Sein Bett war voll Blut. Gegen 6 Uhr Abends wurde er in die Frohufeste nach Bregenz gebracht. Im Laufe der Affaire wurde auch noch ein Finanzwachmann verwundet.

Von Sebastopol kommen interessante Details über das Heben der Schiffe der im Krimkriege versenkten russischen Kriegsflotte. Gehoben wären danach die Korvette „Mlad“, die Fregatte „Flora“, die Linienschiffe „Gawril“ und „Silistria“ und 3. des Linienschiffes „Barua“. Vom Linienschiffe „Ariel“ sind zwei Decks abgehoben. Das Linienschiff „Zwölf Apostel“ ist durch Sprengung mitten durchgerissen und wird erst im Sommer d. J. gehoben; ebenso das Linienschiff „Tschesme“. Vom Linienschiff „Sebastopol“ ist das Deck abgehoben, von „Kaiserin Marie“ ebenfalls, und 3. vom „Jagudil“ gereinigt. Von der Fregatte „Kagul“ sind die Decks abgenommen und die Ketten untergelegt. In Angriff zur Hebung sollen genommen werden: die Linienschiffe „Tri-Swinitela“ und „Selafail“, die Fregatte „Sifopol“, das Linienschiff „Kosistaw“, die Fregatten „Midia“ und „Messimvria“, die Linienschiffe „Chrabri“, „Paris“ und „Konstantin“. Die Hebung wird von amerikanischen Ingenieuren geleitet.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

München, 26. Jänner. Die holstein'sche Landesdeputation ist heute 1 Uhr Morgens hier eingetroffen. Sie wurde herzlichst empfangen und vom Bürgermeister Wider im Namen der Residenzstadt begrüßt. Medicus, Ausschußvorsand des Vereins für Holstein, brachte ein Hoch auf Schleswig-Holstein aus. Die Gesangsvereine sangen das Schleswig-

Holstein-Lied. Wiggers hielt eine treffliche Rede und brachte ein Hoch auf König Max aus, das mit ungeheurer Jubel aufgenommen wurde.

München, 26. Jänner. Die von der holstein'schen Landesdeputation an den König Abgeordneten wurden von Sr. Majestät sehr huldvoll empfangen. Die Versicherungen, welche der König ertheilte, haben die vollste Zufriedenheit erregt. Die Gesamtdeputation hat die Abgeordneten begleitet und sich vor der Residenz aufgestellt. Nach halbstündiger Audienz zeigte sich der König am Fenster und wurde von der Gesamtdeputation mit Jubel empfangen.

Dresden, 26. Jänner. Das heutige „Dresdener Journal“ dementirt die Nachricht der Wiener „Presse“ von einem angeblichen Kompromisse des Ministers Beust in der schleswig-holstein'schen Sache; Herr von Beust habe weder diesen, noch einen anderen Kompromiß vorgeschlagen.

Berlin, 25. Jänner (Abends.) Das erste Bataillon des Regiments König der Belgier ist von Sr. Majestät dem Könige besichtigt und mit einer höchst gnädigen Ansprache beehrt worden, welche einen erhebenden Eindruck auf Offiziere und Mannschaft machte.

Sowohl die Offiziere als die Mannschaft wurde von dem patriotischen Verein auf das glänzendste bewirthet.

Berlin, 26. Jänner (Abends.) Bei der gestern am Hamburger Bahnhofe erfolgten Besichtigung des durchmarschirenden ersten Bataillons des 1. österreicherischen Infanterieregiments König Leopold von Belgien sagte Sr. Majestät der König zu den kaiserl. Offizieren ungefähr Folgendes:

„Ich freue mich, daß kurz nach dem fünfzigjährigen Jubiläum eines Krieges, wo die österreichischen und preussischen Truppen vereint, ruhmreichst kämpften, dasjenige Regiment das erste durchmarschirende ist, das sich bei Solferino auf's Tapferste bewährt hat. Mögen die Wünsche, die Ihr Kaiser beim Abmarsche der Truppen aussprach, in vollem Maße in Erfüllung gehen.“

Hierauf sagte der König zum Obersten (Herzog von Württemberg):

„Ich freue mich, daß an der Spitze des tapferen Regiments Eu. Hoheit stehen, der Sie sich stets ruhmwürdigst bewährt haben. Reisen Sie mit Gott.“

Hamburg, 25. Jänner. Den „Hamburger Nachrichten“ ist eine scharfe offiziöse Widerlegung der in der letzten Murray'schen Note enthaltenen Behauptungen und den Bundeskommissären gemachten Vorwürfe zugegangen, andeutend, die Kommissäre würden letztere zum Gegenstand einer energischen Klageführung in Frankfurt machen.

Hamburg, 26. Jänner (Mittags) Nebel, Südwestwind. Bei Blankenese starke Versuche zur Sprengung des Eises. Die Eisdecke der Nordsee an den Küsten Schleswigs ist schwach.

Kiel, 26. Jänner (Mittags.) Von unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß die Bundeskommissäre die holstein'schen Stände einberufen wollen.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 27. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 96 Wagen und 7 Schiffe mit Holz, und 5 Meßn Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Meßn fl. — (Magazins-Preis fl. 5.75); Korn fl. — (Mg. Pr. fl. 3.50); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 3.6); Hafer fl. — (Mg. Pr. fl. 2.36); Halbfucht fl. — (Mg. Pr. fl. 3.93); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.57); Hirse fl. — (Mg. Pr. fl. 2.98); Aukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.61); Erdäpfel fl. 1.50 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Fischen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fr. 55, Schweineschmalz fr. 37; Speck, frisch fr. 23, detto geräucher fr. 39; Butter fr. 50; Eier pr. Stück fr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 18—22, Kalbfleisch fr. 21, Schweinefleisch fr. 21, Schöpfenfleisch fr. —; Hühner pr. Stück fr. 30, Tauben fr. 15; Hen pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh fr. 70—90; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer fl. 10 bis 15.

Theater.

Heute Donnerstag: Benefice des Hrn. Luchs: **Theatralischer Unstinn.** Singpiel in 4 Vorstellungen, von Morländer.

Morgen Freitag: **Eine kleine Erzählung ohne Namen.** Das war ich! Operette in 1 Akt.

Hiezu ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt.